

Fraktion DIE LINKE. im
Sächsischen Landtag
#sogehsolidarisch Mitte
Oktober 2021

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Zähler rennen, Preise steigen, Ersparnisse schwinden – die hohen Energiepreise verlangen staatliches Eingreifen! Foto: vchalup | stock.adobe.com

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei unserer Klausurtagung in Radebeul haben wir intensiv darüber gesprochen, was wir im Lichte des Bundestagswahlergebnisses an unserer Arbeit verändern wollen. Diese Debatte ist längst nicht abgeschlossen. Aber für uns bleibt klar: Wir streiten für ein solidarisches Miteinander aller – in einem gerechten Staat, auf den Verlass ist.

Dieses Miteinander findet zuallererst in den Städten und Gemeinden statt. Deshalb war die Kommunalrechtsnovelle, über welche die Koalition seit langer Zeit streitet (siehe z. B. [hier](#)), ein weiteres Thema unserer Beratung. Wir haben dazu [eine Reihe von Vorschlägen](#) gemacht.

Schöne Herbstferien für alle!

Kevin Reißig, *Pressesprecher*

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

Inhaltsverzeichnis

1. Energiepreise deckeln, Mehrwertsteuer senken!
2. Immer noch offene Fragen zum Orden für Steuerflüchtling Müller
3. Immer noch viele Leute trotz Vollzeit-Job arm
4. Linksfraktion beauftragt Gutachten zu den Folgen der Investitionsbremse
5. Hauptamtlichen Antisemitismus-Beauftragten schaffen
6. Wohnen: Staatsregierung blockiert Kommunen
7. Wohnungsbestände sichern statt Tafelsilber verscherbeln
8. Größte Gefahr: Extreme Rechte
9. Bleiberechts-offensive, kein Herumdoktern!
10. Freiwilliges Testangebot für das Kitapersonal erhalten
11. Immer mehr Tierversuche im Hochschulbetrieb
12. Auch das gibt's

Energiepreise deckeln, Mehrwertsteuer senken!



Vor allem die Weltmarktnachfrage treibt auch bei uns die Preise vor allem für (Flüssig)Gas und Öl auf das Niveau vor der Corona-Krise und noch höher. Energie darf nicht noch mehr zum Luxusgut werden. Damit niemand frieren muss, ist eine politische Reaktion auf allen Ebenen notwendig. Die Energiepreise müssen in der jetzigen Situation gedeckelt werden –

Frankreich, Italien oder Spanien machen es vor. Zudem müssen die Strom-, Energie-, und Mehrwertsteuer gesenkt werden. [Doch damit nicht genug.](#)

Immer noch offene Fragen zum Orden für Steuerflüchtling Müller



Like_the_Grand_Canyon | flickr.com | CC BY-NC 2.0

Der Landtag hat sich auf [unseren Antrag](#) hin mit der Verleihung des Sächsischen Verdienstordens an den Steuerflüchtling und Sachsenmilch-Boss Theo Müller durch Ministerpräsident Kretschmer in Zürich befasst. [Wir haben unsere Kritik an dieser Entscheidung erneuert.](#)

Spannend: Der Regierungschef verteidigte zwar die Verleihung, räumte aber ein, dass er die Umstände nicht erneut so gestalten würde. Das SPD-geführte Wirtschaftsministerium und

das grün geführte Umweltministerium hätten, so Kretschmer, keine Einwände erhoben. SPD und Grüne wiesen das als unwahr zurück, der Ministerpräsident blieb jedoch bei seiner Version. [Wir haken nun im Landtag nochmals nach](#) (Kleine Anfragen [hier](#), [hier](#) und [hier](#)).

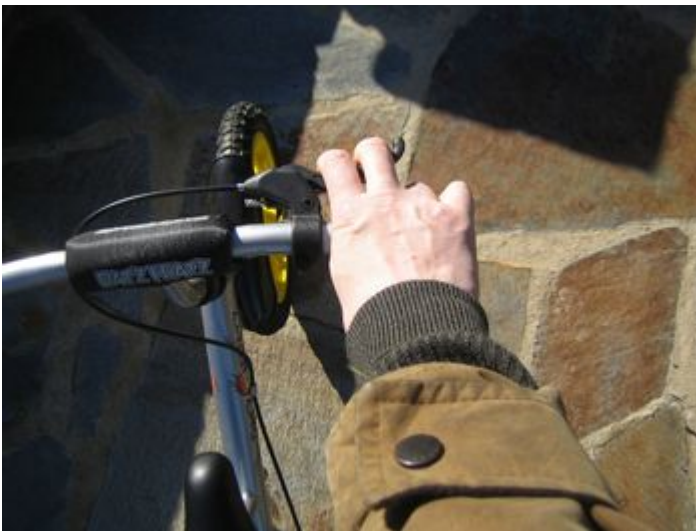
Immer noch viele Leute trotz Vollzeit-Job arm



Wirtschaftsminister Martin Dulig hat eine [Studie den Effekten des gesetzlichen Mindestlohns](#) vorgestellt. In Sachsen haben 13 Prozent der Beschäftigten von ihm profitiert – in keinem anderen Bundesland mussten mehr Leute Menschen per Mindestlohn aus extremer Lohndrückerei gerettet werden. Ohne DIE LINKE wäre das nicht zustande gekommen. Allerdings ist die Untergrenze weiter zu niedrig: 13 Euro sind das Mindeste, damit aus

heutiger Sicht niemand im Arbeitsleben und im Alter arm sein muss.

Linksfraktion beauftragt Gutachten zu den Folgen der Investitionsbremse



mdornseif | flickr.com | CC BY-SA 2.0

[Wir hatten die Staatsregierung aufgefordert](#), ein Gutachten zu den Folgen der in Sachsen besonders strikten „Schuldenbremse“ einzuholen. Wir wollen wissen, wie stark die 8-Jahres-Tilgungsfrist für die Corona-Kredite den Ausgabenspielraum in den Bereichen Wirtschaft, Bildungssystem, Sozialstaat, Infrastruktur oder Gesundheit hätte. Da die Koalition diesen Antrag abgelehnt hat, [wollen wir nun selbst ein solches Gutachten in Auftrag geben](#). Die Tilgung sollte auf 20

bis 30 Jahre ausgedehnt werden – [für diese Forderung erhalten wir auch Rückenwind von linken Umtrieben gänzlich unverdächtigen Wissenschaftlern wie Prof. Joachim Ragnitz vom ifo-Institut](#). Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse!

Hauptamtlichen Antisemitismus-Beauftragten schaffen



Tina Petrik, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

Der Musiker Gil Ofarim berichtet, das Hotel „The Westin Leipzig“ habe ihn nur einchecken lassen wollen, wenn er seine Kette mit dem Davidstern abnimmt. Die Worte der Empörung, die aus der Koalition dazu zu hören waren, in allen Ehren: Was zählt, sind Taten.

Wir fordern, die Stelle des „Beauftragten für jüdisches Leben in Sachsen“, bislang angesiedelt beim Staatsministerium für Kultus, aufzuwerten. Der Beauftragte soll hauptamtlich, unabhängig und ressortübergreifend Antisemitismus bekämpfen und vorbeugen können. Bei

der Zahl an judenfeindlichen Straftaten droht in diesem Jahr übrigens ein neuer Negativ-Rekord.

Wohnen: Staatsregierung blockiert Kommunen



Das „Baulandmobilisierungsgesetz“ des Bundes eröffnet den Kommunen neue Möglichkeiten. Städte und Gemeinden mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ – wie Dresden und Leipzig – können mit einem erweiterten Vorkaufsrecht unbebaute Grundstücke preislimitiert ankaufen, um Boden zu bevorraten. Außerdem können sie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschweren. Allerdings muss ihnen die

Staatsregierung diese Möglichkeiten freigeben, indem sie per Rechtsverordnung einen „angespannten Wohnungsmarkt“ feststellt. Bis jetzt signalisiert sie aber, dass sie dazu nicht bereit ist, jedenfalls nicht sofort. Diese Blockadehaltung geht zulasten der Mieterinnen und Mieter!

Wohnungsbestände sichern statt Tafelsilber verscherbeln



Die Gemeinde Käbschütztal, die finanziell stark unter Druck steht, will kommunale Wohnungen verkaufen. Die Staatsregierung meint, die Gemeinde solle „zuerst die von ihr beeinflussbaren eigenen Möglichkeiten“ ausschöpfen, um eine finanzielle „Schiefelage“ zu beseitigen. Dazu könne auch der Verkauf kommunalen Eigentums gehören. Vorher gibt's keine Hilfe. Das ist falsch! Wir wollen öffentliche

Wohnungsbestände erhalten und fordern eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft, die Gemeinden wie Käbschütztal helfen kann.

Größte Gefahr: Extreme Rechte



Die Göre | flickr.com | CC BY-NC-ND 2.0

Der Verfassungsschutzbericht 2020 bestätigt einmal mehr: Die größte Gefahr geht von der extremen Rechten aus. Dieses Spektrum ist zuletzt sehr deutlich angewachsen – verursacht durch die Beobachtung der „Flügel“-Bewegung innerhalb der größten Rechtsaußen-Partei. Allerdings lässt die Analysefähigkeit des Amtes weiter zu wünschen übrig – das sieht man nicht nur daran, dass es bei den Corona-Protesten um den heißen Brei herumredet.

Bleiberechts-offensive, kein Herumdoktern!



Rasande Tyskar | flickr.com | CC BY-NC 2.0

CDU, GRÜNE und SPD vereinbarten 2019, einen „Leitfaden Rückführungspraxis“ zu erstellen – um eine „humanere“ Abschiebep Praxis zu erreichen. Das Innenministerium nun einen Entwurf vorgelegt und prompt gab es Kritik. Der Koalitionsausschuss tagte, der Streit geht weiter. Wir hatten im Juli 2021 einen Gegenentwurf eingebracht und eine Bleiberechts-offensive gefordert, im Dezember wird der Innenausschuss

darüber beraten. Klar ist: Statt einfach Abschiebungen „besser“ zu machen, muss es darum gehen, Bleiberechte zu sichern – vor allem für diejenigen Menschen, die sich hier ein neues Leben aufgebaut haben.

Freiwilliges Testangebot für das Kitapersonal erhalten



Die Staatsregierung hat den Landräten mitgeteilt, dass der Freistaat ab November keine Corona-Schnelltests für das Kita-Personal mehr beschaffen und diese auch nicht mehr mitbezahlen will. Wir lehnen diesen Rückzug ab. Angesichts der Betriebs- und Sachkosten ist es unwahrscheinlich, dass die Träger die Tests alleine finanzieren können. Dann gibt's eben keine mehr und Infektionen bleiben

unentdeckt – obwohl die Pandemie Fahrt aufnimmt.

Immer mehr Tierversuche im Hochschulbetrieb

2014 wurden an sächsischen Forschungseinrichtungen, Hochschulen und hochschulnahen Forschungseinrichtungen 85.506 Tiere für Versuche eingesetzt. Bis 2019 ist die Zahl auf



[116.088 Tierversuche angestiegen.](#)

Dabei wird nicht einmal erfasst, wie viele Tiere dadurch getötet werden. [Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen.](#) Stattdessen müssen Alternativen erforscht und gefördert werden. [Der MDR berichtet etwa über ein neues Verfahren zum Nachweis hormonell aktiver Stoffe,](#) das Tierversuche auf diesem Gebiet überflüssig machen könnte.

Auch das gibt's



Der Beauftragte der Staatsregierung für Jüdisches Leben in Sachsen, Dr. Thomas Feist, [reagierte auf Berichte über die antisemitische Diskriminierung Gil Ofarims in Leipzig \(s. o.\) mit der Forderung an BILD, LVZ, und Dehoga,](#) „bitte mal der Sache nachzugehen“. Ein überaus merkwürdiges Amtsverständnis!

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)